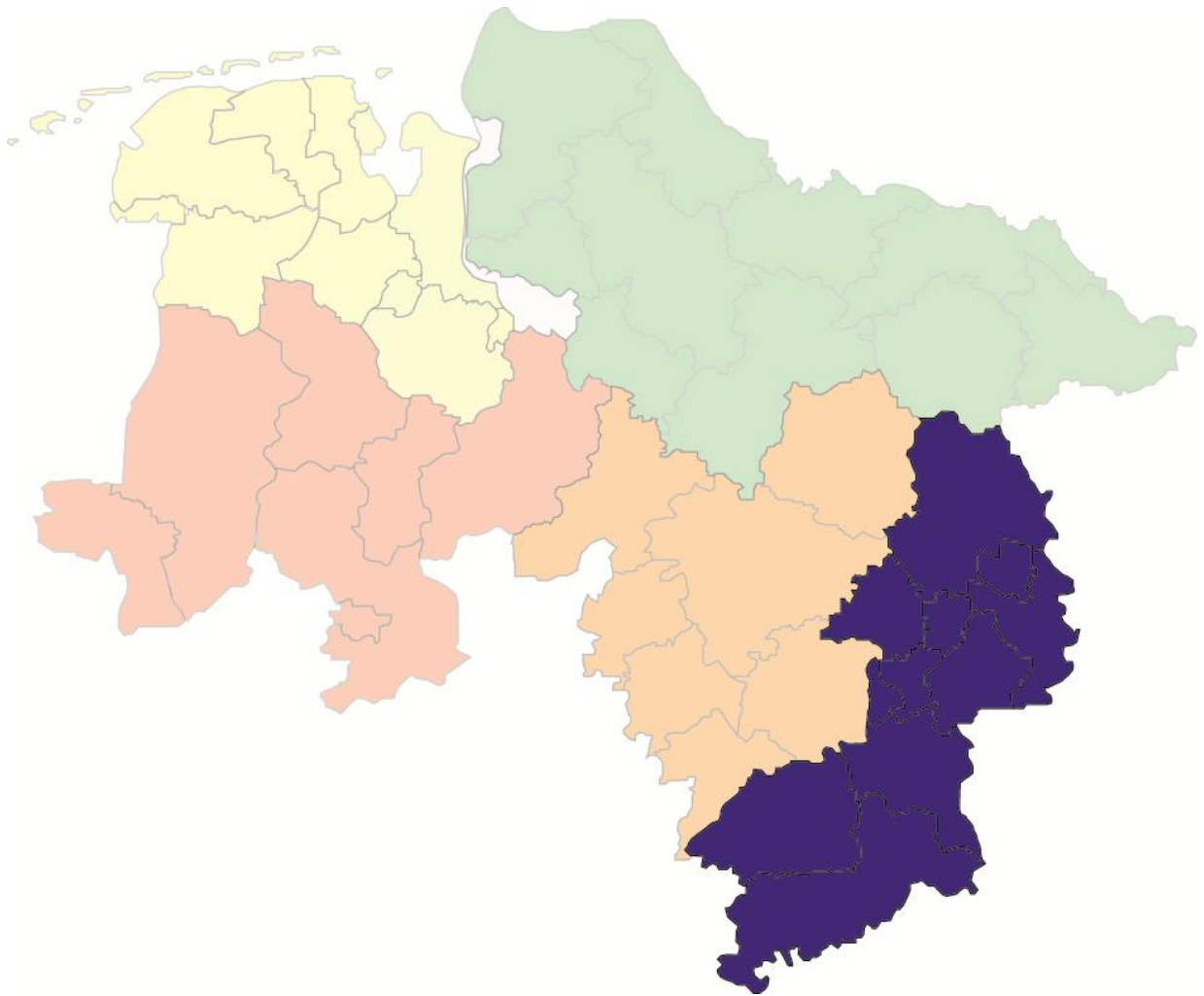


Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen Regionalvertretung Braunschweig



Stichtagsbericht 2026 für Stadt Braunschweig und für Landkreis Göttingen



IMPRESSUM

Herausgegeben von der
Zentralen Beratungsstelle Niedersachsen (ZBS), Juli 2026
c/o Regionalvertretung Braunschweig
Helmstedter Straße 35, 38102 Braunschweig

© Copyright-Hinweis:

Nachdruck, Kopien oder elektronische Vervielfältigungen – auch auszugsweise – dürfen nur mit Quellenangabe und ausdrücklicher Genehmigung des Herausgebers erfolgen.

Inhaltsverzeichnis

1.	Kontext der Stichtagserhebung.....	4
2.	Ablauf der Erhebung.....	4
3.	Ergebnisse der Erhebung in der Stadt Braunschweig	6
3.1.	Gesamtüberblick.....	6
3.2.	Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen	8
3.2.1.	Geschlecht und Alter.....	8
3.2.2.	Haushaltsstruktur und Haushaltsgröße	9
3.3.	Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.....	10
3.4.	Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen.....	11
3.5.	Streetwork und aufsuchende Arbeit	11
4.	Ergebnisse der Erhebung im Landkreis Göttingen	12
4.1.	Gesamtüberblick Göttingen	12
4.2.	Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen	13
4.2.1.	Geschlecht und Alter.....	13
4.2.2.	Haushaltsstruktur und Haushaltsgröße	15
4.3.	Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen.....	15
4.4.	Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen.....	16
4.5.	Streetwork und aufsuchende Arbeit	16
5.	Besondere Bedarfe.....	16
5.1.	Analyse der Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Braunschweig.....	16
5.2.	Analyse der medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfe in Braunschweig.....	20
5.3.	Analyse der Anliegen und Unterstützungsbedarfe im Landkreis Göttingen	21
5.4.	Analyse der medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfe im Landkreis Göttingen	23

1. Kontext der Stichtagserhebung

Seit 2015 führt die Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen – Regionalvertretung Braunschweig eine jährliche Stichtagserhebung zur Zahl aktuell wohnungsloser Menschen sowie von Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen durch. Seit 2023 wird die Erhebung zudem im Landkreis Göttingen durchgeführt. Im Rahmen der Erhebung 2026 wurde die Kategorie „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen“ zusätzlich aufgenommen. Damit sind in der Stichtagsabfrage nun die drei wesentlichen Kategorien der BAG Wohnungslosenhilfe e. V.¹ berücksichtigt. Befragt werden Einrichtungen der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, die kommunalen Träger für ordnungsrechtliche Unterbringung sowie angrenzende Hilfesysteme mit Kontakt zu diesem Personenkreis.

Die Teilnahme an der Stichtagsabfrage erfolgt freiwillig, sodass Abweichungen in den Rückmeldungen und Daten möglich sind. Somit stellt die Stichtagserhebung keine Vollerhebung dar. Erfasst werden ausschließlich Personen, die am Stichtag², dem 31. Januar 2026, im Kontakt zu Beratungsstellen und Einrichtungen aus dem Helfefeld nach §§ 67 ff. SGB XII, Kommunen oder anderen Institutionen aus angrenzenden Arbeitsfeldern standen. Ungeachtet der unterschiedlichen Beteiligung ermöglichen die Ergebnisse eine erste Einschätzung zur Zahl wohnungsloser Menschen, unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohter Menschen sowie von Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Die erhobenen Daten dienen als Grundlage für fachliche Diskussionen, die Weiterentwicklung des Hilfesystems sowie für eine bedarfsorientierte kommunale Planung und politische Entscheidungsprozesse, insbesondere im Bereich der Wohnraumplanung und Wohnraumakquise.

2. Ablauf der Erhebung

Im Rahmen der Erhebung 2026 wurden – wie bereits im Vorjahr – dieselben Akteure zur Teilnahme eingeladen. Der Rückmeldezeitraum betrug zwei Wochen, analog zur Erhebung 2025. Allerdings gingen einzelne Rückmeldungen aus den Institutionen noch bis Mitte April ein. Bis zur Fertigstellung des Berichts erfolgte bei Bedarf eine Abstimmung mit den Beteiligten, um Unstimmigkeiten in den gelieferten Datensätzen zu klären. Während die Beteiligung an einem Standort annähernd dem Vorjahresniveau entsprach, fiel sie an den beiden anderen Standorten³ geringer aus. Einrichtungen ohne Rückmeldung wurden durch die Zentrale Beratungsstelle Niedersachsen (ZBS) nochmals kontaktiert und zur Teilnahme aufgefordert.

Die Erhebung orientiert sich an den drei Kategorien der BAG Wohnungslosenhilfe e. V. mit entsprechenden Definitionen:

- Kategorie A: Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen
- Kategorie B: Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen
- Kategorie C: Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen

¹ vgl. aktualisierte BAG W Wohnungsnotfalldefinition (2025):

https://www.bagw.de/fileadmin/bagw/media/Doc/POS/POS_25_Wohnungsnotfalldefinition_der_BAG_W.pdf
(zuletzt abgerufen am 15.07.2026)

² Da der Stichtag auf einen Samstag fiel, erfolgte die Erfassung bei einzelnen Einrichtungen an einem anderen Tag in der Woche des Stichtags.

³ Die Auswertung der Daten aus Wolfsburg wird im Stichtagsbericht 2026 aufgrund einer zu geringen Anzahl an Rückmeldungen nicht vorgenommen.

Im Vergleich zur Erhebung 2025 wurde der Erhebungsbogen für das Jahr 2026 inhaltlich überarbeitet und neu strukturiert. Während 2025 lediglich die Anzahl der unter 25-jährigen Personen abgefragt wurde, erfolgte 2026 in allen drei Kategorien eine differenzierte Erhebung der Altersstruktur. Auch die Erfassung der Haushaltsstrukturen wurde vereinheitlicht und nach Haushaltstyp und Haushaltsgröße ausdifferenziert. Die zuvor getrennten Fragen zum medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarf wurden zu einer gemeinsamen Frage zusammengefasst. Zudem wurde eine offene Frage formuliert, um zentrale Anliegen und Unterstützungsbedarfe des Personenkreises zu erfassen. Im Gegenzug entfielen einzelne Fragen zum Beispiel zur postalischen Erreichbarkeit oder zur Anbindung an das Hilfesystem.

Der Stichtag der Befragung wurde auf den 31. Januar 2026 festgelegt und fiel auf einen Samstag. Die Einrichtungen setzten die Erhebung überwiegend eigenständig um, indem sie ihre Angaben in der Regel auf den vorhergehenden Arbeitstag oder auf einen Zeitpunkt in der Woche vor dem Stichtag bezogen. Lediglich in Einzelfällen wurden hierzu Rückfragen an die ZBS Nds. gestellt. Dadurch konnten belastbare Angaben für die Auswertung bereitgestellt werden.

Die Akteure wurden per E-Mail über die Änderungen des Fragebogens gegenüber der Erhebung 2025 informiert. Zur besseren Übersicht enthielt das Anschreiben eine kurze Darstellung der wesentlichen Anpassungen. Ausführliche Definitionen sowie Erläuterungen zu den einzelnen Kategorien waren im Erhebungsbogen enthalten. Insbesondere wurde die neu eingeführte Kategorie B der „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen“ näher erläutert und Hinweise zu ihrer sachgerechten Zuordnung gegeben.

Für die Stichtagsumfrage 2026 wurden insgesamt 29 Einrichtungen und Institutionen aus unterschiedlichen Arbeitsfeldern der Wohnungsnotfall-, Sozial-, Gesundheits- und Straffälligenhilfe der Stadt Braunschweig kontaktiert. Von diesen beteiligten sich 15 Einrichtungen an der Erhebung, sodass eine Rücklaufquote von 52 % erzielt werden konnte. Die teilnehmenden Einrichtungen repräsentieren wesentliche Bereiche des Braunschweiger Hilfesystems, darunter die Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, die Suchthilfe, Beratungsstellen für Frauen, Einrichtungen der Straffälligenhilfe sowie kommunale Fachstellen und ordnungsrechtliche Unterbringung (NPOG). Die Ergebnisse ermöglichen damit einen aussagekräftigen Einblick in die Situation der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen sowie der Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen in Braunschweig, auch wenn nicht alle angeschriebenen Stellen Daten übermitteln konnten.

Für den Landkreis Göttingen wurden im Rahmen der Stichtagsumfrage 2026 insgesamt 44 Einrichtungen und Institutionen angeschrieben. Zum Zeitpunkt der Auswertung lagen Rückmeldungen von 13 Einrichtungen vor. Dies entspricht einer Rücklaufquote von 30 %. Die eingegangenen Meldungen stammen aus unterschiedlichen Bereichen des Hilfesystems, darunter Einrichtungen der Hilfen nach §§ 67 ff. SGB XII, Suchthilfeeinrichtungen, Frauenhäuser sowie kommunale Stellen im Bereich der ordnungsrechtlichen Unterbringung (NPOG). Die vorliegenden Rückmeldungen ermöglichen einen ersten Einblick in die Situation der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten oder betroffenen Menschen sowie der Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen im Landkreis Göttingen. Die im Vergleich zu Braunschweig geringere Beteiligung der angeschriebenen Einrichtungen ist dabei im Kontext der unterschiedlichen Entwicklungsgeschichte der Erhebung zu betrachten. Während die Stichtagsabfrage in

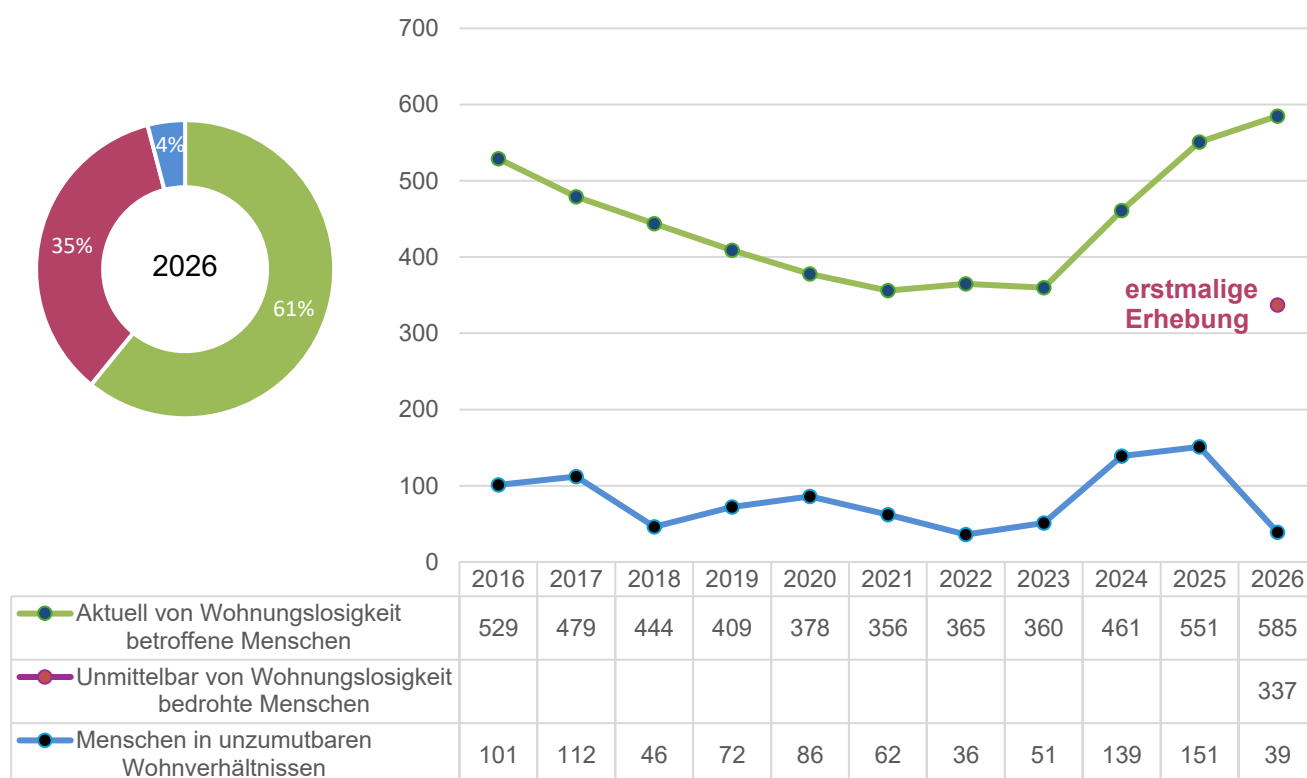
Braunschweig bereits seit 2015 regelmäßig durchgeführt wird und dort inzwischen fest im Hilfesystem verankert ist, wird sie im Landkreis Göttingen erst seit 2023 umgesetzt. Die Erhebung befindet sich somit noch in einer Phase der Etablierung und Vernetzung mit den regionalen Akteurinnen und Akteuren. Vor diesem Hintergrund sind die Ergebnisse als wichtige Grundlage für den weiteren Aufbau einer belastbaren Datenbasis zur Wohnungsnotfallhilfe im Landkreis Göttingen zu verstehen.

3. Ergebnisse der Erhebung in der Stadt Braunschweig

3.1. Gesamtüberblick

Zum Stichtag 31.01.2026 wurden in der Stadt Braunschweig 585 Personen als aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen, 337 Personen als unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht und 39 Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen erfasst.

Abb. 1: Entwicklung der Gesamtzahlen nach Wohnungsnotfallkategorien A, B und C in Braunschweig



Die Zahl der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen liegt damit über dem Vorjahreswert. Die erstmals erhobene Gruppe der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen macht deutlich, dass neben den aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffenen eine erhebliche Zahl von Menschen unmittelbar vom Verlust ihrer Wohnung bedroht ist. Der deutliche Rückgang bei den unzumutbaren Wohnverhältnissen dürfte wesentlich auf die geänderte Erhebungssystematik zurückgehen. Viele Menschen, die in unzumutbaren Wohnverhältnissen leben, sind zugleich unmittelbar vom Verlust der Wohnung bedroht. Bis 2025 wurden diese Fälle mangels eigener Kategorie den unzumutbaren Wohnverhältnissen zugerechnet. Der neue Erhebungsbogen sieht eine eindeutige Zuordnung zu genau einer Wohnungsnotfallkategorie vor, wobei die unmittelbare Bedrohung durch Wohnungsverlust vorrangig ist.

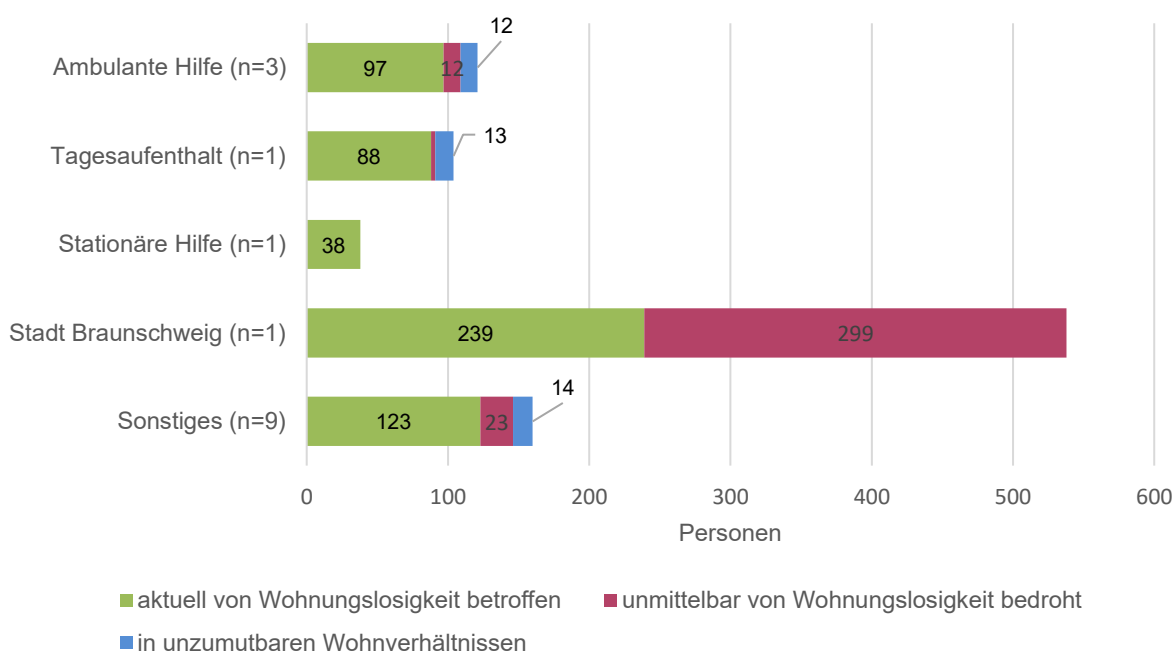
Einrichtungsübergreifende Mehrfacherfassungen können jedoch nicht vollständig ausgeschlossen werden, da aufgrund der anonymisierten Erhebung kein personenbezogener Abgleich zwischen den beteiligten Stellen möglich war.

Die folgende Abbildung zeigt, über welche Angebotsformen die drei Gruppen am Stichtag erfasst wurden. Die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen verteilen sich über alle Angebotsformen: Der größte Teil (239 von 585 Personen) war nach dem NPOG untergebracht, gefolgt von den sonstigen Einrichtungen (123), der ambulanten Hilfe (97), dem Tagesaufenthalt (88) und der stationären Hilfe (38).

Die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen wurden dagegen überwiegend über die Zentrale Stelle für Wohnraumhilfe der Stadt Braunschweig gemeldet (299 von 337 Personen). Hier zeigt sich, dass diese neue Kategorie vor allem die kommunale Präventionsarbeit bei drohendem Wohnungsverlust sichtbar macht. Die übrigen Nennungen entfallen auf die sonstigen Einrichtungen (23), die ambulante Hilfe (12) und den Tagesaufenthalt (3).

Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen wurden ausschließlich von der ambulanten Hilfe (12), dem Tagesaufenthalt (13) und den sonstigen Einrichtungen (14) gemeldet. Der stationären Hilfe und der ordnungsrechtlichen Unterbringung waren keine entsprechenden Fälle bekannt. Das ist plausibel: Diese Personen verfügen über gesicherten Wohnraum und kommen daher vor allem über beratende und niedrigschwellige Angebote in Kontakt mit dem Hilfesystem.

Abb. 2: Fallzahlen nach Wohnungsnotfallkategorie A, B und C und Angebotsart



(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

3.2. Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen

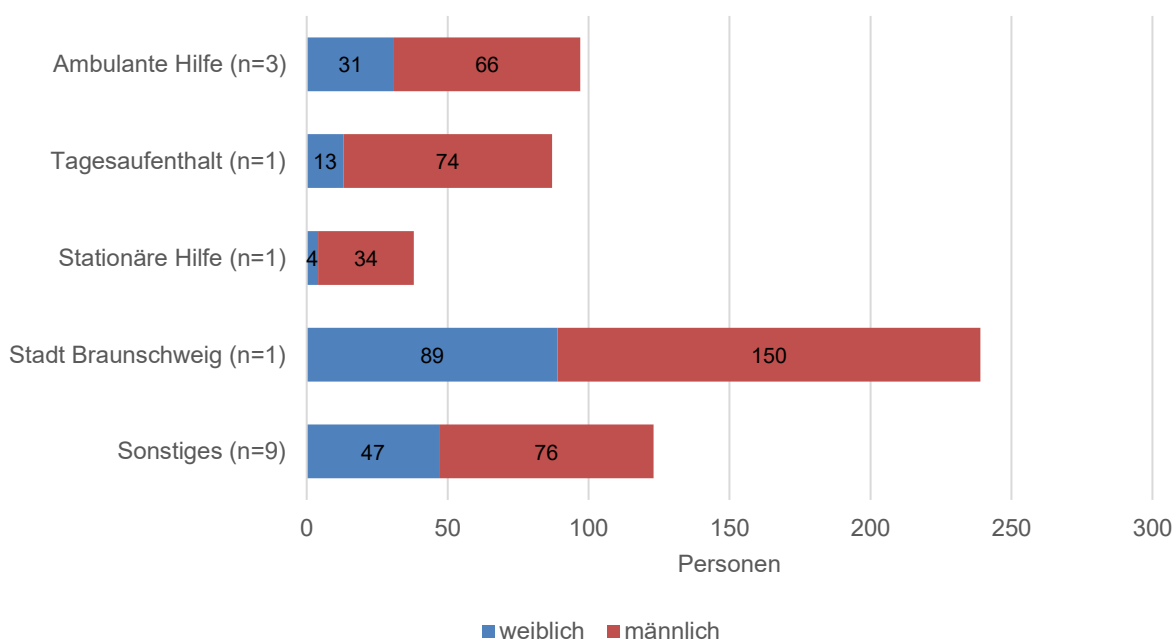
3.2.1. Geschlecht und Alter

Von den 585 **aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen** waren 184 weiblich und 400 männlich. Eine weitere Person wurde mit der Geschlechtsangabe „divers“ erfasst.⁴ Der Frauenanteil liegt damit bei ca. 31 % und bewegt sich in der Größenordnung des Vorjahres (2025: ca. 34 %).

Die folgende Abbildung 3 zeigt die Verteilung nach Geschlecht in den einzelnen Angebotsformen. Dabei fällt auf, dass sich der Frauenanteil deutlich unterscheidet: In der Unterbringung durch die Stadt Braunschweig (37 %) und bei den sonstigen Einrichtungen (38 %) liegt er deutlich höher als im Tagesaufenthalt (15 %) und in der stationären Hilfe (11 %). Die ambulante Hilfe liegt mit 32 % dazwischen.

Dieses Muster deckt sich mit dem Befund, dass Wohnungslosigkeit von Frauen häufig verdeckt bleibt und sie deshalb in klassischen Hilfesystemen sowie in der Straßenobdachlosigkeit weniger sichtbar erscheinen. Sie halten sich häufiger vorübergehend bei Bekannten, Verwandten oder Partnern auf und nehmen niedrigschwellige Angebote für wohnungslose Menschen wie Notunterkünfte seltener in Anspruch. Dadurch geraten sie nicht selten in prekäre Abhängigkeitsverhältnisse, die das Risiko sexueller Ausbeutung sowie weiterer Gewalt- und Ausgrenzungserfahrungen erhöhen können.⁵

Abb. 3: Fallzahlen nach Geschlecht und Angebotsart⁶



(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

Das Alter wurde mit dem neuen Erhebungsbogen erstmals in vier Gruppen erfasst. Von den 585 aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen waren 46 minderjährig (8 %), 80 im Alter von 18 bis unter 27 Jahren (14 %) und 359 im Alter von 27 bis unter 60 Jahren (61 %). 91 Personen – knapp jede sechste – waren 60 Jahre oder älter.⁷

⁴ Um Rückschlüsse auf Einzelpersonen zu vermeiden, wird diese Angabe nicht weiter nach Angebotsformen ausgewiesen.

⁵ Vgl. ZBS Schwerpunktbericht (2019): Frauen in besonderen sozialen Schwierigkeiten in Niedersachsen. Hilfen gem. §§ 67 ff. SGB XII. <https://www.zbs-niedersachsen.de/download/1151/?tmstv=1784636716> (zuletzt abgerufen am 08.07.2026)

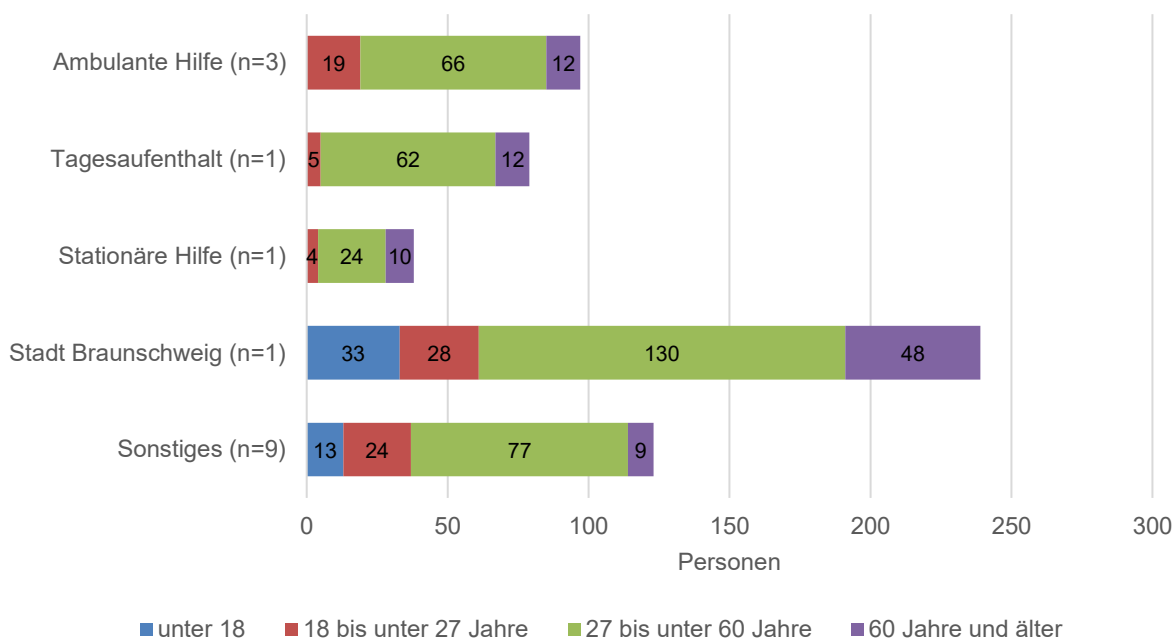
⁶ Aufgrund der geringen Fallzahl wird die Geschlechtskategorie „divers“ nicht gesondert ausgewiesen.

⁷ Bei 9 Personen in Tagesaufenthalten liegt keine Altersangabe vor.

Die Minderjährigen wurden fast ausschließlich über die Unterbringung durch die Stadt Braunschweig (33) sowie die sonstigen Einrichtungen (13) gemeldet. Es handelt sich also ganz überwiegend um Kinder, die mit ihren Familien ordnungsrechtlich untergebracht sind. Die 80 jungen Erwachsenen (18 bis unter 27 Jahre) verteilen sich über alle Angebotsformen, mit Schwerpunkten in der städtischen Unterbringung (28), den sonstigen Einrichtungen (24) und der ambulanten Hilfe (19).

Bemerkenswert ist der Anteil älterer Menschen: 91 Personen ab 60 Jahren finden sich in allen Angebotsformen, in der stationären Hilfe stellen sie mehr als ein Viertel der Bewohner*innen (10 von 38), im Tagesaufenthalt und in der ambulanten Hilfe jeweils rund jede achte Person. Wohnungslosigkeit im Alter ist damit kein Randphänomen mehr, mit entsprechenden Folgen für den medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarf (vgl. Abschnitt 5).

Abb. 4: Fallzahlen nach Alter und Angebotsart

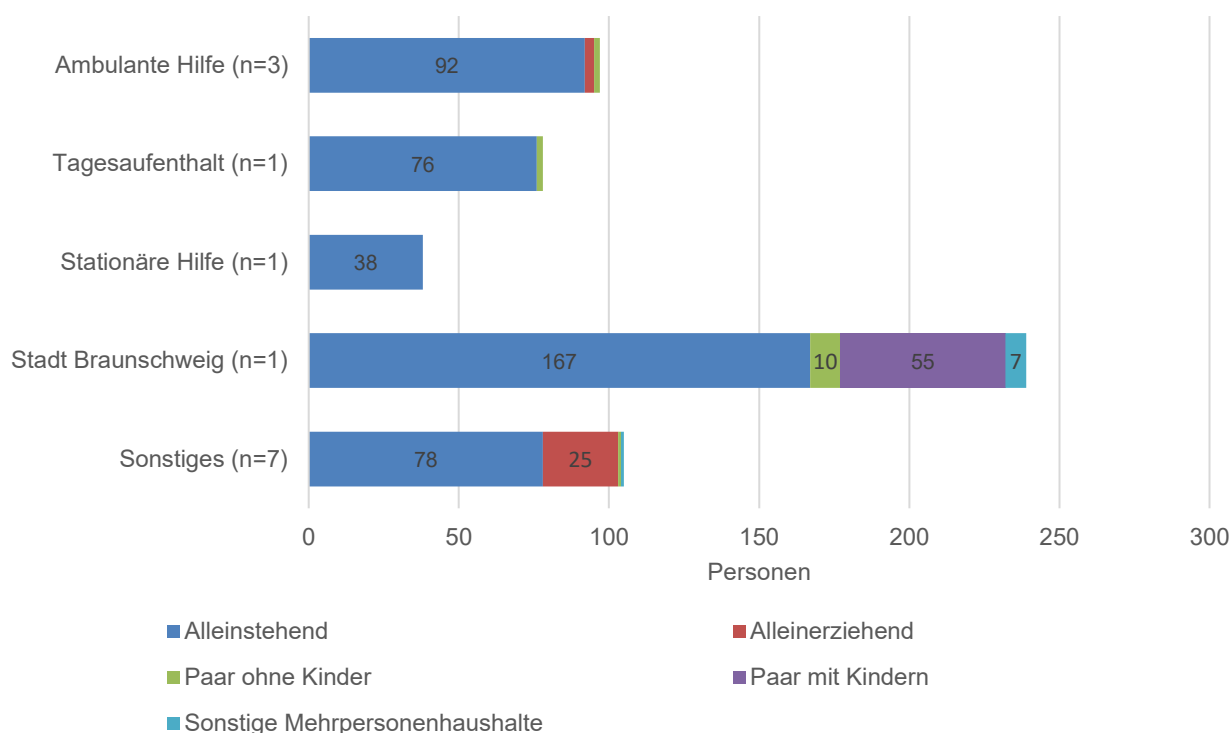


(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

3.2.2. Haushaltsstruktur und Haushaltsgröße

In diesem Jahr wurde die Erfassung von Haushalten auf Personen umgestellt. Da nicht alle Einrichtungen diese Umstellung sofort nachvollziehen konnten, wurden die Angaben in Einzelfällen in Personenzahlen umgerechnet, soweit dies eindeutig möglich war. Eine Umrechnung erfolgte nur, wenn sie anhand der angegebenen Haushaltsgröße und gegebenenfalls unter Einbeziehung der Angaben zu den unter 18-jährigen Personen hinreichend eindeutig möglich war. Nicht eindeutig berechenbare Angaben wurden als fehlende Angaben ausgewiesen.

Abb. 5: Fallzahlen nach Haushaltsstrukturen und Angebotsart



(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

Für 28 der 585 erfassten Personen liegen keine Angaben zur Haushaltsstruktur vor. Von den Personen mit gültigen Angaben leben gut vier Fünftel alleinstehend (451 Personen bzw. 81 %). In Haushalten mit Kindern leben 83 Personen (15 %), davon 55 in Paarhaushalten mit Kindern und 28 in Haushalten Alleinerziehender. Weitere 15 Personen leben als Paar ohne Kinder und 8 Personen in sonstigen Mehrpersonenhaushalten. Bezogen auf die Haushaltsgröße leben 44 Personen in Haushalten mit zwei Personen, 14 in Haushalten mit drei Personen und 48 in Haushalten mit vier oder mehr Personen.⁸ Nach Angebotsart betrachtet leben Paarhaushalte mit Kindern ausschließlich in der ordnungsrechtlichen Unterbringung nach NPOG (55 Personen). Auch die großen Haushalte konzentrieren sich dort. So sind 47 der 48 Personen aus Haushalten mit vier oder mehr Personen ordnungsrechtlich untergebracht. Der hohe Anteil Alleinerziehender im Bereich Sonstiges geht auf ein dort erfasstes Frauenhaus zurück.

3.3. Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen

Die Kategorie der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen wurde 2026 erstmals erhoben. Ihre Zusammensetzung unterscheidet sich deutlich von den aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen. Der Frauenanteil liegt mit 45 % (152 von 337 Personen) erheblich über dem Wert der aktuell von Wohnungslosigkeit Betroffenen (31 %). Noch auffälliger ist die Altersstruktur. 83 Personen und damit ein Viertel der Gruppe sind minderjährig, weitere 81 Personen (24 %) sind im Alter von 18 bis unter 27 Jahren. Fast die Hälfte der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen ist somit jünger als 27 Jahre. Personen ab 60 Jahren sind mit 17 Fällen (5 %) dagegen deutlich seltener vertreten als bei den aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen

⁸ Aufgrund der erforderlichen Umrechnungen und Korrekturen sind die Angaben zur Haushaltsgröße als Näherungswerte zu interpretieren.

(16 %). Die 83 erfassten Minderjährigen weisen darauf hin, dass auch Haushalte mit Kindern in erheblichem Umfang von einem drohenden Wohnungsverlust betroffen sind. Eine genauere Bestimmung der Haushaltsformen ist jedoch nicht möglich, da für 304 der 337 Personen keine Angaben zur Haushaltsstruktur vorliegen. Da die Kategorie der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen in diesem Jahr neu eingeführt wurde, konnte die Einrichtung, auf die mit Abstand die meisten erfassten Personen in dieser Kategorie entfallen, die Haushaltsstruktur noch nicht miterfassen. Für künftige Erhebungen sollte geprüft werden, wie die Haushaltsstruktur auch bei der kommunalen Meldequelle systematisch erfasst werden kann. Die Altersverteilung spricht jedenfalls für einen hohen Anteil von Mehrpersonenhaushalten mit Kindern.

3.4. Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen

Die 39 Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen sind überwiegend männlich (68 %). Für 33 der 39 Personen liegen Angaben zur Haushaltsstruktur vor. Davon leben 29 Personen beziehungsweise rund 88 % in Einpersonenhaushalten. Minderjährige wurden nicht gemeldet, 9 Personen (23 %) sind 60 Jahre oder älter. In ihrer Struktur ähnelt die Gruppe damit den aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen, die über die Angebote nach §§ 67 ff. SGB XII erreicht werden. Die gegenüber dem Vorjahr deutlich niedrigere Zahl erklärt sich wesentlich durch die Neueinführung der Wohnungsnotfallkategorie der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen. Wie vorangehend beschrieben, wird jede Person nur noch genau einer Wohnungsnotfallkategorie zugeordnet, wobei die unmittelbare Bedrohung durch Wohnungsverlust Vorrang hat. Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen, die zugleich unmittelbar vom Wohnungsverlust bedroht sind, werden daher nun dieser Wohnungsnotfallkategorie zugerechnet.

3.5. Streetwork und aufsuchende Arbeit

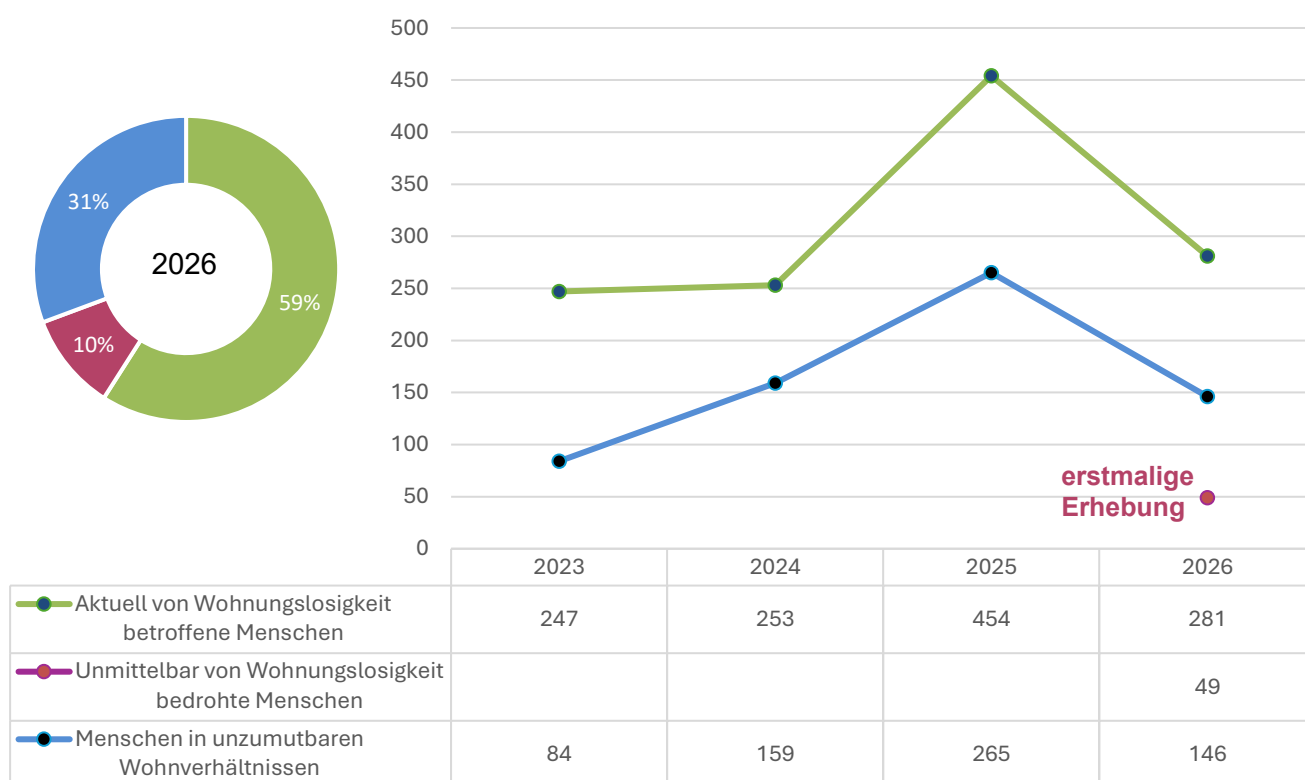
Die Rückmeldungen aus dem Bereich Streetwork und aufsuchende Hilfen weisen insgesamt 43 Personen in der Kategorie A „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen“ und C „Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen“ aus. Für die Kategorie B „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen“ wurden keine Fallzahlen gemeldet. Von den an der Stichtagsabfrage beteiligten Angeboten gingen lediglich aus zwei Einrichtungen Meldungen zu betroffenen Personen ein. Die übrigen Rückmeldungen enthielten keine Fallmeldungen. Die gemeldeten Personen verteilen sich auf 32 Frauen, 2 Männer sowie 9 Personen ohne Geschlechtsangabe.

4. Ergebnisse der Erhebung im Landkreis Göttingen

4.1. Gesamtüberblick Göttingen

Zum Stichtag 31.01.2026 wurden in der Stadt und im Landkreis Göttingen 281 Personen als aktuell von Wohnungslosigkeit betroffen, 49 Personen als unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedroht und 146 Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen erfasst. Bei der Einordnung ist zu berücksichtigen, dass die Stadt Göttingen in diesem Jahr keine Daten zur ordnungsrechtlichen Unterbringung zur Verfügung stellen konnte. Die gemeldeten NPOG-Zahlen stammen ausschließlich aus dem Landkreis. Die Ergebnisse sind daher als Untergrenze zu verstehen.

Abb. 6: Entwicklung der Gesamtzahlen nach Wohnungsnotfallkategorien A, B und C im Landkreis Göttingen

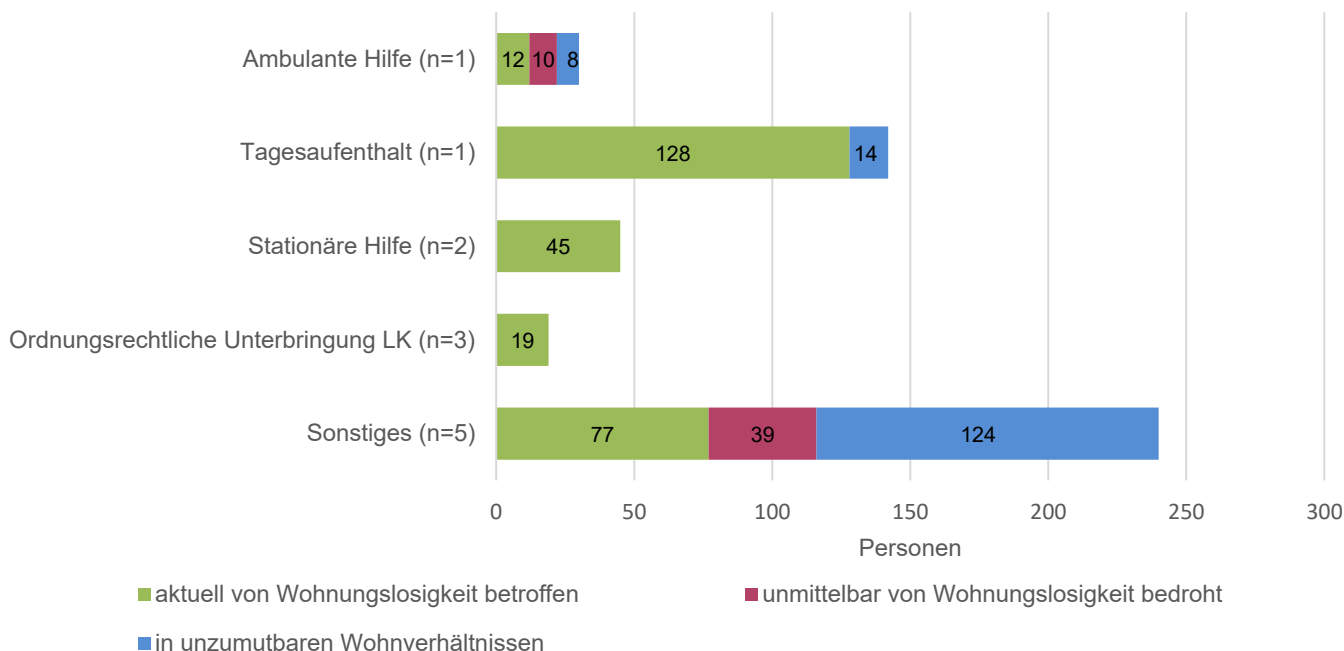


Die aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Personen wurden vor allem über den Tagesaufenthalt (128 von 281 Personen) und die sonstigen Einrichtungen (77) erfasst, gefolgt von der stationären Hilfe (45), der Unterbringung nach NPOG (19) und der ambulanten Hilfe (12). Anders als in Braunschweig prägen damit die niedrigschwelligen und stationären Angebote das Bild, was wesentlich auf die fehlenden städtischen Unterbringungsdaten zurückgehen dürfte.

Die unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen wurden ausschließlich von der ambulanten Hilfe (10) und den sonstigen Einrichtungen (39) gemeldet. Eine mit der Braunschweiger kommunalen Stelle für Wohnraumsicherung vergleichbare Datenmeldung lag für Göttingen nicht vor. Die geringe Fallzahl bildet daher weniger das tatsächliche Ausmaß drohender Wohnungsverluste ab als die Datenlage.

Auffällig hoch ist dagegen die Zahl der Personen in unzumutbaren Wohnverhältnissen. Sie geht ganz überwiegend auf die sonstigen Einrichtungen zurück (124 von 146 Personen), davon allein 103 auf eine einzelne Einrichtung im Bereich der Suchthilfe.

Abb. 7: Fallzahlen nach Wohnungsnotfallkategorie A, B und C und Angebotsart



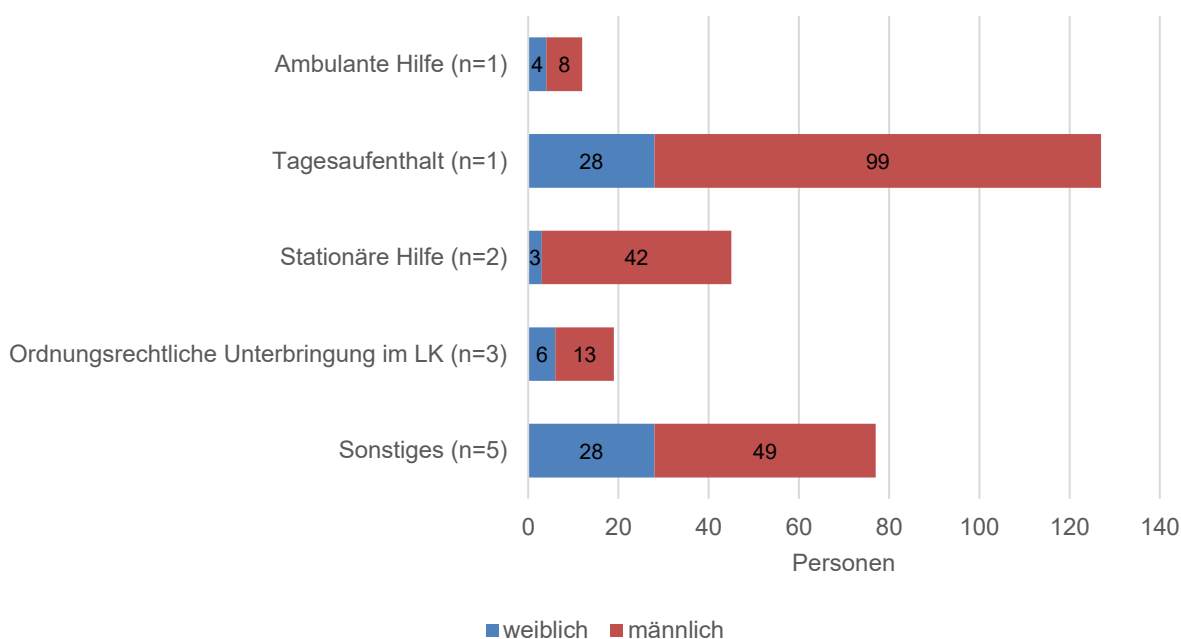
(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

4.2. Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen

4.2.1. Geschlecht und Alter

Von den 281 **aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen** waren 69 weiblich, 211 männlich und eine Person divers. Der Frauenanteil liegt damit bei rund 25 % und unterscheidet sich deutlich nach Angebotsform. In den sonstigen Einrichtungen liegt er bei 36 %, im Tagesaufenthalt bei 22 % und in den stationären Hilfen bei 7 %. Dies passt zu dem im Braunschweiger Teil beschriebenen Befund, dass Wohnungslosigkeit von Frauen häufig verdeckt bleibt.

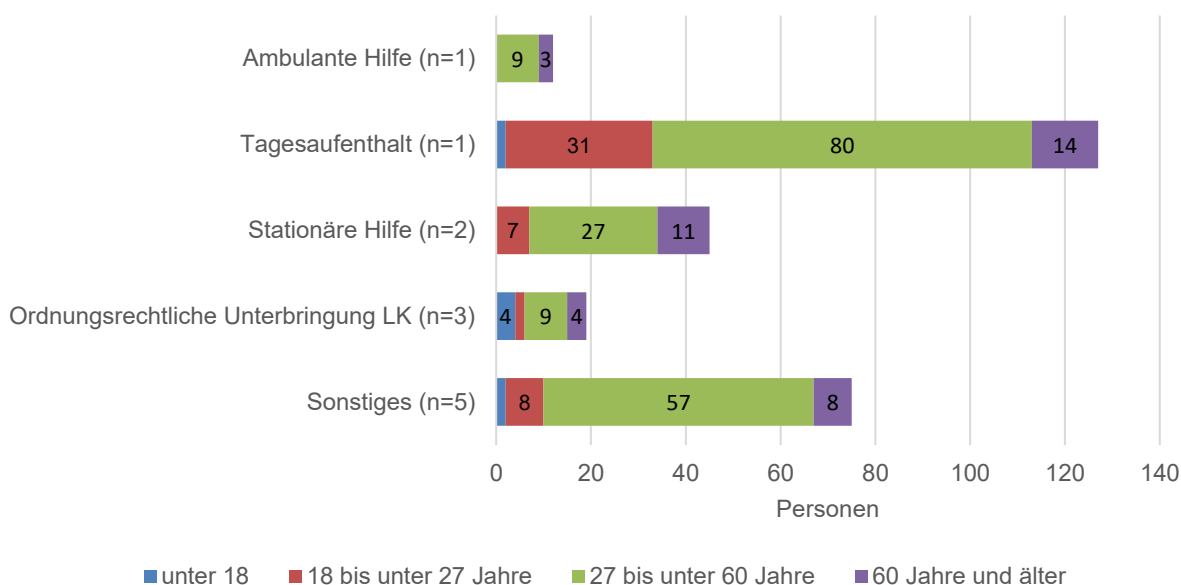
Abb. 8: Fallzahlen nach Geschlecht und Angebotsart⁹



(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

Bei der Altersstruktur dominiert die Gruppe der 27- bis unter 60-Jährigen (182 Personen, 65 %). 48 Personen (17 %) sind im Alter von 18 bis unter 27 Jahren, 40 Personen (14 %) sind 60 Jahre oder älter. In den stationären Hilfen stellen die Älteren rund ein Viertel der Bewohner*innen (11 von 45). Insgesamt wurden 8 minderjährige Personen gemeldet. Für 3 Personen lag keine Altersangabe vor. Da Kinder vor allem im Rahmen der ordnungsrechtlichen Unterbringung von Familien erfasst werden, dürfte ihre Zahl ohne die Daten der Stadt Göttingen deutlich untererfasst sein.

Abb. 9: Fallzahlen nach Alter und Angebotsart



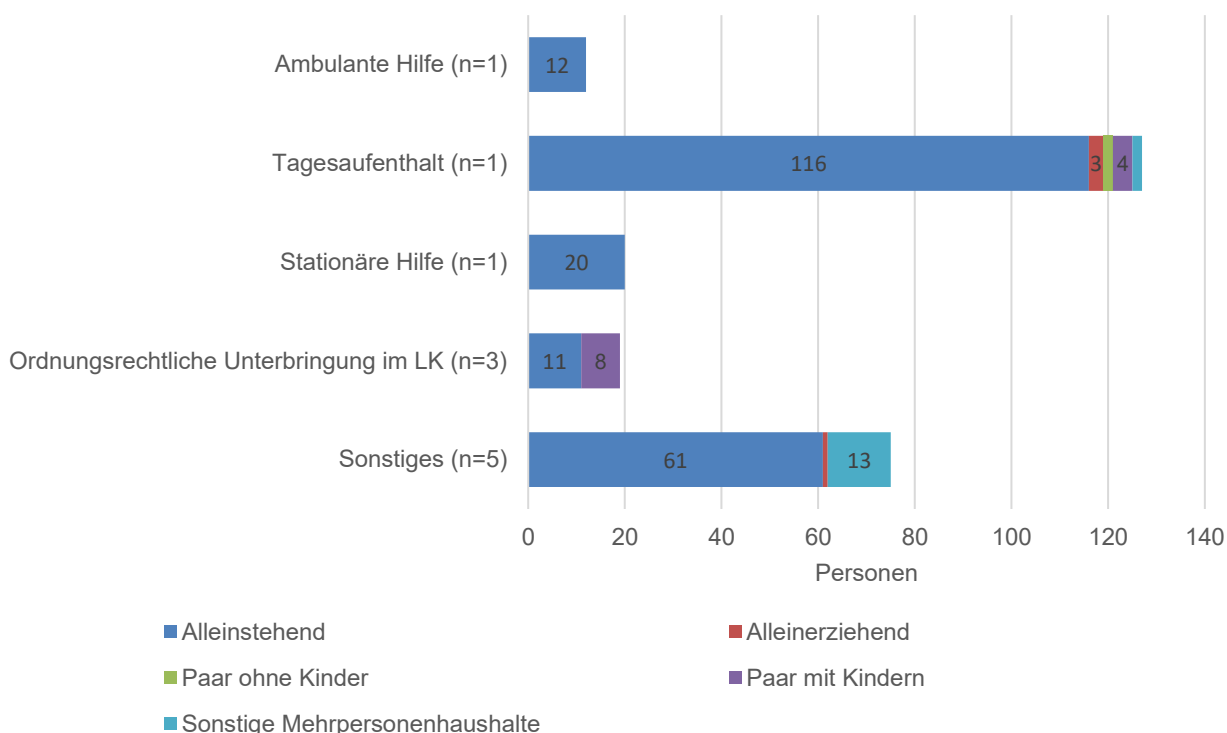
(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

⁹ Aufgrund der geringen Fallzahl wird die Geschlechtskategorie „divers“ nicht gesondert ausgewiesen.

4.2.2. Haushaltsstruktur und Haushaltsgröße

Für 28 der 281 Personen liegen keine Angaben zur Haushaltsstruktur vor. Von den Personen mit gültigen Angaben leben 87 % alleinstehend (220 Personen). Weitere 33 Personen leben in Mehrpersonenhaushalten. Davon leben 16 Personen in Haushalten mit Kindern, darunter 4 Personen in Haushalten Alleinerziehender und 12 Personen in Paarhaushalten mit Kindern. Weitere 2 Personen leben als Paar ohne Kinder und 15 Personen in sonstigen Mehrpersonenhaushalten.

Abb. 10: Fallzahlen nach Haushaltsstrukturen und Angebotsart



(Anmerkung: n bezeichnet die Anzahl der beteiligten Einrichtungen.)

Nach der Größe verteilen sich die Mehrpersonenhaushalte auf Haushalte mit zwei Personen (14 Personen), mit drei Personen (3) und mit vier oder mehr Personen (16).¹⁰

4.3. Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen

Von den 49 unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Personen sind 40 (82 %) als alleinstehend erfasst. Auch bei der Altersverteilung dominiert die Gruppe der 27- bis unter 60-Jährigen mit 40 Personen (82 %). Gemeldet sind 18 Frauen und 31 Männer. Der Frauenanteil liegt damit bei 37 %. Minderjährige sind nicht erfasst. 5 Personen sind im Alter von 18 bis unter 27 Jahren, 4 Personen sind 60 Jahre oder älter. In Haushalten mit Kindern leben 4 Personen, je 2 in Paarhaushalten mit Kindern und in Haushalten Alleinerziehender. Angesichts der fehlenden Zahlen der Stadt Göttingen bildet die Kategorie vor allem die Klientel der beratenden Angebote ab. Das tatsächliche Ausmaß unmittelbar drohender Wohnungsverluste dürfte daher deutlich größer sein als die ausgewiesene Fallzahl.

¹⁰ Aufgrund der erforderlichen Umrechnungen und Korrekturen sind die Angaben zur Haushaltsstruktur und Haushaltsgröße als Näherungswerte zu interpretieren.

4.4. Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen

Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen bilden mit 146 Personen die zweitgrößte der drei Gruppen. Der Frauenanteil liegt mit 32 % (46 Personen) über dem der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen. Die Gruppe besteht überwiegend aus alleinstehenden Erwachsenen. 120 Personen (82 %) sind im Alter von 27 bis unter 60 Jahren und 115 von 144 Personen mit gültigen Angaben zur Haushaltsstruktur leben in Einpersonenhaushalten (80 %). Minderjährige wurden nicht gemeldet, in Haushalten mit Kindern leben 6 Personen, 10 Personen sind 60 Jahre oder älter. Der hohe Wert dieser Kategorie geht wesentlich auf eine Einrichtung aus dem Bereich der Suchthilfe zurück, die allein 103 Personen meldete. Unzumutbare Wohnverhältnisse werden in Göttingen damit vor allem über die Suchthilfe sichtbar. Deren Klientel verfügt häufig über Wohnraum, der prekär oder unzureichend ist, ohne dass bereits ein konkreter Wohnungsverlust droht.

4.5. Streetwork und aufsuchende Arbeit

Die Rückmeldungen aus dem Bereich Streetwork und aufsuchende Hilfen im Landkreis Göttingen weisen insgesamt 56 erfasste Personen aus. Davon wurden acht Personen der Kategorie A „aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen“ und 48 Personen der Kategorie C „Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen“ zugeordnet. Für die Kategorie B „unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen“ lagen keine Meldungen vor. Die Fallmeldungen gingen von drei der an der Stichtagsabfrage beteiligten Stellen ein. Alle weiteren Rückmeldungen enthielten keine entsprechenden Angaben.

Von den acht Personen der Kategorie A waren 2 weiblich und 6 männlich. In der Kategorie C wurden 12 Frauen und 36 Männer erfasst. Der Schwerpunkt der erfassten Fälle lag damit auf der Kategorie C: Mit 48 Personen entfielen rund 86 % aller Meldungen auf Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen.

5. Besondere Bedarfe

5.1. Analyse der Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Braunschweig

Von den insgesamt 15 teilnehmenden Einrichtungen nutzten 11 Einrichtungen das offene Antwortfeld zur Benennung besonderer Unterstützungsbedarfe. Die Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf diese Rückmeldungen und sind vor dem Hintergrund der freiwilligen Beantwortung zu interpretieren. Da Mehrfachnennungen möglich waren, kann die Gesamtzahl der Nennungen die Zahl der antwortenden Einrichtungen übersteigen.

Die Rückmeldungen zeigen, dass besondere Unterstützungsbedarfe vor allem bei aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen (Kategorie A) gesehen werden. Gleichzeitig wurden mehrfach Bedarfe genannt, die alle drei Kategorien betreffen. Dies weist darauf hin, dass viele Problemlagen zielgruppenübergreifend auftreten und sich nicht eindeutig einer einzelnen Lebenslage zuordnen lassen. Die Angaben stammen überwiegend aus ambulanten und sonstigen Hilfeangeboten. Die Auswertung der offenen Fragestellung zu den wichtigsten Anliegen und Unterstützungsbedarfen für den abgefragten Personenkreis in der Stichtagserhebung 2026 zeigt für die beiden Standorte Braunschweig und Landkreis Göttingen sowohl gemeinsame Grundmuster als auch standortspezifische Schwerpunktsetzungen in den benannten Unterstützungsbedarfen wohnungsloser, unmittelbar von

Wohnungslosigkeit bedrohter sowie in unzumutbaren Wohnverhältnissen lebender Menschen. Im Folgenden werden zunächst die Rückmeldungen aus Braunschweig dargestellt und anschließend die Ergebnisse für den Landkreis Göttingen betrachtet.

Tabelle 1: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Braunschweig für die Kategorie A: Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen (n=11)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen) ¹¹
Wohnraum und Unterbringung	Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie Bedarf an Unterbringung	Wohnungssuche (7), Unterkunft (2)
Existenzsicherung und finanzielle Problemlagen	Mittellosigkeit, Sicherung des Lebensunterhalts, Schulden und finanzielle Verwaltung	Mittellosigkeit (3), Existenzsicherung (3), Schulden (3), Finanzen (1)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung bei Behördenangelegenheiten, Begleitung zu Ämtern sowie Probleme im Kontakt mit dem Jobcenter	Behörden (3), Jobcenter (1), postalische Erreichbarkeit (1)
Alltagsbewältigung und soziale Stabilisierung	Sicherstellung grundlegender Bedürfnisse, Strukturierung des Alltags und psychosoziale Stabilisierung	Hygiene (3), Tagesstruktur (1), Schlaf/Ruhe (1), Zukunftsängste (1)
Erwerbs- und Einkommenssituation	Unsichere Einkommenslagen in Einzelfällen (z. B. Sexarbeit)	unregelmäßige Kundschaft (1)
Gesundheit und medizinische Versorgung	Psychische Erkrankungen, Suchtproblematik sowie allgemeine gesundheitliche Versorgung	Psychische Auffälligkeiten (1), Sucht (2), Gesundheit (2)
Zugang zum Gesundheitssystem	Sicherstellung von Krankenversicherung und medizinischer Behandlung	Krankenversicherung (3), ärztliche Versorgung (3), fehlendes Geld für Behandlung (1)

¹¹ Die Zahlen geben an, wie häufig ein Thema in den offenen Rückmeldungen der Einrichtungen genannt wurde. Sie entsprechen nicht der Zahl der betroffenen Personen. Eine Einrichtung konnte mehrere Themen nennen.

Tabelle 2: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Braunschweig für die Kategorie B: Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen (n=11)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Wohnraum und Prävention	Verhinderung von Wohnungsverlust, Wohnungssuche und Unterbringung	Wohnungssuche (5), Wohnraumerhalt (4), Unterbringung (1)
Existenzsicherung und finanzielle Problemlagen	Finanzielle Notlagen, Schulden sowie Unterstützung bei Finanzangelegenheiten	Mittellosigkeit (1), Schulden (2), Existenzsicherung (2), Bank/Finanzen (2)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung bei Antragstellungen, Überleitung in Hilfesysteme sowie Probleme mit Behörden	Behörden/Jobcenter (1), Hilfen/Anträge (3)
Zugang zum Gesundheitssystem	Sicherstellung von Krankenversicherung und medizinischer Behandlung	Krankenversicherung (1)
Gesundheit und psychosoziale Problemlagen	Psychische Belastungen, Suchtproblematiken sowie gesundheitliche Einschränkungen	Psychische Beeinträchtigung (2), Sucht (2), Gesundheit (1), Krankenversicherung (1)
Alltagsbewältigung und soziale Stabilisierung	Konfliktbewältigung, Perspektivklärung und Aufbau von Alltagsstrukturen	Wut/Konflikte (1), Perspektiven (1), Sozialkompetenzen (1)

Tabelle 3: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Braunschweig für die Kategorie C: Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen (n=11)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Wohnraum und Wohnsituation	Wohnungssuche sowie Problemlagen im bestehenden Wohnverhältnis	Wohnungssuche (5), Vermieterprobleme (1), Nachbarschaft (1)
Wohnungsbezogene Unterstützung	Praktische Hilfen zur Verbesserung der Wohnsituation	Wohnungsausstattung (2), Entrümpelung/Renovierung (1)
Existenzsicherung und finanzielle Problemlagen	Finanzielle Problemlagen und eingeschränkte Ressourcen	Mittellosigkeit (2), Finanzen (1)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung bei administrativen Angelegenheiten	Behörden (1)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Gesundheit und psychosoziale Problemlagen	Psychische Belastungen, Sucht und allgemeine gesundheitliche Einschränkungen	Gesundheit (2), psychische Beeinträchtigung (1), Sucht (1)
Zugang zum Gesundheitssystem	Absicherung medizinischer Versorgung und besondere Unterstützungsbedarfe	Krankenversicherung (1), Pflegeheimplatzsuche (1)

Für die Stadt Braunschweig ergibt sich ein insgesamt sehr differenziertes und breit gefächertes Bild der Bedarfslagen. Über alle drei Kategorien hinweg steht die Wohnraumversorgung im Zentrum der Problemlagen. Besonders häufig wird hierbei die Unterstützung bei der Wohnungssuche genannt (Kategorie A: 7 Nennungen; Kategorie B und C jeweils 5 Nennungen), ergänzt durch Bedarfe im Bereich der Unterbringung sowie der Verhinderung von Wohnungsverlusten. Dies verdeutlicht, dass sowohl in akuten Krisensituationen als auch in präventiven Kontexten der Zugang zu bezahlbarem und angemessenem Wohnraum die zentrale Herausforderung darstellt. Gleichzeitig zeigen Hinweise auf Konflikte mit Vermieter*innen oder Probleme im Wohnumfeld, dass auch bestehende Wohnverhältnisse häufig instabil oder belastet sind.

Ein weiterer thematischer Bereich betrifft die Existenzsicherung und finanzielle Stabilität. In allen Kategorien werden Mittellosigkeit, fehlende finanzielle Ressourcen sowie Unterstützungsbedarfe beim Bezug von Sozialleistungen benannt. Hinzu kommen Hinweise auf Schuldenproblematiken, insbesondere in Bezug auf Miet- und Energieschulden sowie negative Schufa-Einträge. Auch die Notwendigkeit von Unterstützung bei Bank- und Finanzangelegenheiten wird sichtbar. Die genannten Aspekte weisen darauf hin, dass finanzielle Instabilität sowohl ein möglicher Auslöser als auch eine mögliche Folge von Wohnungslosigkeit sein kann.

Darüber hinaus liegen aus Braunschweig Hinweise auf Unterstützungsbedarf im Umgang mit Behörden und institutionellen Strukturen vor. Genannt werden Begleitungen zu Ämtern, Unterstützung bei Antragstellungen sowie Probleme im Kontakt mit dem Jobcenter. Diese Hinweise verweisen darauf, dass die Inanspruchnahme sozialstaatlicher Leistungen für viele Betroffene mit erheblichen Hürden verbunden ist und ohne begleitende Unterstützung oft nicht gelingt.

Ein besonders differenziertes Bild zeigt sich im Bereich Gesundheit und psychosoziale Problemlagen. Es werden sowohl psychische Auffälligkeiten als auch Suchtmittelabhängigkeit und allgemeine gesundheitliche Einschränkungen regelmäßig benannt. Hinzu kommen konkrete Versorgungsdefizite, etwa fehlender Zugang zu ärztlicher Behandlung oder ungeklärter Krankenversicherungsschutz. Diese Aspekte unterstreichen die enge Wechselwirkung zwischen gesundheitlicher Belastung und Wohnungslosigkeit sowie die Notwendigkeit integrierter Unterstützungsangebote.

Ergänzend treten Bedarfe im Bereich der Alltagsbewältigung und sozialen Stabilisierung hervor. Dazu zählen unter anderem Unterstützung bei Hygiene, Tagesstruktur, Sozialkompetenzen oder dem Umgang mit Konflikten und Zukunftsängsten. Obwohl diese Aspekte seltener quantitativ genannt werden, sind sie für eine nachhaltige Stabilisierung der Lebensverhältnisse von zentraler Bedeutung. Insgesamt zeigt sich für Braunschweig somit eine

komplexe Bedarfslage, in der strukturelle, finanzielle, gesundheitliche und soziale Problemdimensionen eng miteinander verflochten sind.

5.2. Analyse der medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfe in Braunschweig

Zur Frage nach medizinischen und pflegerischen Unterstützungsbedarfen machten 12 der 15 teilnehmenden Einrichtungen Angaben. Die nachfolgenden Ergebnisse beziehen sich ausschließlich auf diese Rückmeldungen.

Auch bei den medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfen stehen aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen (Kategorie A) im Mittelpunkt der Rückmeldungen. Mehrere Einrichtungen benannten zudem Bedarfe, die alle drei Kategorien gleichermaßen betreffen. Dies verdeutlicht, dass gesundheitliche Problemlagen und der Zugang zu medizinischer Versorgung als zentrale, zielgruppenübergreifende Herausforderungen wahrgenommen werden. Die nachfolgende Auswertung stellt die gemeldeten Versorgungsbedarfe differenziert nach Wohnungsnotfallkategorie und Geschlecht dar.

Tabelle 4: Personen mit akutem oder chronischem medizinischem beziehungsweise pflegerischem Versorgungsbedarf in Braunschweig¹²

Wohnungsnotfallkategorie	Gesamt	Weiblich	Männlich
Kategorie A: Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen	167	58	109
Kategorie B: Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen	14	4	10
Kategorie C: Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen	12	3	9

In der Kategorie der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen (A) wurden insgesamt 167 Nennungen erfasst. Davon entfielen 109 auf männliche und 58 auf weibliche Personen. Die hohe Gesamtzahl sowie die einrichtungsbezogene Streuung der Nennungen weisen auf eine erhebliche Bandbreite gesundheitlicher Problemlagen hin. Es ist davon auszugehen, dass vielfach mehrere gesundheitliche Einschränkungen gleichzeitig vorliegen, die sowohl akute als auch chronische Erkrankungen sowie pflegerische Versorgungsbedarfe umfassen können. Die Ergebnisse verdeutlichen somit eine verdichtete Bedarfslage, die eine intensive und häufig auch kombinierte medizinische und pflegerische Versorgung erfordert.¹³

Auch in den Kategorien B und C wurden mehr männliche als weibliche Personen mit einem entsprechenden Versorgungsbedarf erfasst. In Kategorie B wurde für insgesamt 14 Personen ein medizinischer oder pflegerischer Versorgungsbedarf angegeben, darunter 10 Männer und 4 Frauen. Für Kategorie C wurde ein entsprechender Bedarf bei insgesamt 12 Personen dokumentiert, darunter 9 Männer und 3 Frauen.

¹² Aufgrund der geringen Fallzahl wird die Geschlechtskategorie „divers“ nicht gesondert ausgewiesen.

¹³ Vgl. ZBS Niedersachsen Schwerpunktbericht (2018): „Angebote der gesundheitlichen Versorgung wohnungsloser Menschen in Niedersachsen – Bestandsaufnahme, Analyse und Empfehlungen“, S. 31 ff., <https://www.zbs-niedersachsen.de/publikationen/> (zuletzt abgerufen am 15.07.2026).

Aufgrund der unterschiedlichen Größe der drei Gruppen ist neben den absoluten Zahlen eine Betrachtung der jeweiligen Anteile erforderlich. Ein Versorgungsbedarf wurde für rund 29 % der Personen in Kategorie A, rund 4 % der Personen in Kategorie B und rund 31 % der Personen in Kategorie C angegeben. Bezogen auf die jeweilige Zahl der erfassten Personen liegen die Anteile in den Kategorien A und C damit auf einem vergleichbaren Niveau. In Kategorie B fällt der Anteil deutlich geringer aus.

Aussagen über Art, Schweregrad oder Komplexität der jeweiligen Bedarfe sind auf Grundlage der erhobenen Zahlen nicht möglich. Die festgestellten Versorgungsbedarfe verdeutlichen gleichwohl die Bedeutung eines frühzeitigen Zugangs zu medizinischer, pflegerischer und sozialer Unterstützung sowie einer engen Verzahnung dieser Versorgungsbereiche.

5.3. Analyse der Anliegen und Unterstützungsbedarfe im Landkreis Göttingen

Für die Stichtagsabfrage im Landkreis Göttingen wurden insgesamt 44 Einrichtungen kontaktiert, von denen 13 Einrichtungen eine Rückmeldung abgegeben haben. Die nachfolgende Auswertung basiert somit auf den Angaben dieser 13 Einrichtungen. Von diesen nutzten 7 Einrichtungen das offene Antwortfeld, um besondere Unterstützungsbedarfe zu benennen. Die Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der freiwilligen Beantwortung einzuordnen. Da mehrere Bedarfe genannt werden konnten, kann die Zahl der Nennungen die Zahl der antwortenden Einrichtungen übersteigen. Die Auswertung erfolgt differenziert nach den Kategorien A (aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen), B (unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen) und C (Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen).

Die Rückmeldungen zeigen, dass besondere Unterstützungsbedarfe häufig zielgruppenübergreifend wahrgenommen werden. Mehrere Einrichtungen benannten Bedarfe, die sich gleichermaßen auf die Kategorien A, B und C beziehen. Daneben wurden einzelne Bedarfe spezifisch für aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen (Kategorie A), unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen (Kategorie B) oder Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen (Kategorie C) genannt. Dies spricht dafür, dass viele Problemlagen unabhängig von der jeweiligen Wohnsituation auftreten und die Übergänge zwischen den Zielgruppen in der Praxis häufig fließend sind.

Tabelle 5: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Göttingen für die Kategorie A: Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen (n=7)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Wohnraum	Zugang zu eigenem Wohnraum	Wohnungssuche (5)
Existenzsicherung und finanzielle Problemlagen	Unterstützung bei finanziellen Angelegenheiten und Antragstellung	Antrag Existenzsicherung (2), Finanzen (1), Geldverwaltung (1)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung im Umgang mit Behörden sowie formalen Anforderungen	Behörden (1), Postadresse (1)
Alltagsbewältigung und Grundversorgung	Sicherstellung grundlegender Bedarfe im Alltag	Lebensmittel, Kleidung, Hygiene (1)
Gesundheit und medizinische Versorgung	Medizinische Versorgung und Vermittlung in gesundheitliche Hilfen	medizinische Versorgung (1), Arztvermittlung (1)
Soziale Problemlagen / besondere Unterstützungsbedarfe	Spezifische Unterstützungsangebote	Gewaltberatung (1)

Tabelle 6: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Göttingen für die Kategorie B: Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen (n=7)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Wohnraum und Prävention	Unterstützung bei Wohnungssuche sowie Sicherung des bestehenden Wohnverhältnisses	Wohnungssuche/Unterkunft (2), Kommunikation mit Vermietung (1)
Existenzsicherung und finanzielle Problemlagen	Beantragung existenzsichernder Leistungen sowie finanzielle Stabilisierung und Schuldenregulierung	Existenzsicherung (2), Finanzen (1), Schuldenberatung (1)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung im Umgang mit Behörden und administrativen Anforderungen	Behörden (1)
Gesundheit und medizinische Versorgung	Unterstützung beim Zugang zu gesundheitlicher Versorgung	Arztvermittlung (1)
Alltagsbewältigung und soziale Stabilisierung	Sicherstellung grundlegender Bedarfe	Lebensmittel, Kleidung, Hygiene (1)

Tabelle 7: Anliegen und Unterstützungsbedarfe in Göttingen für die Kategorie C: Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen (n=7)

Bedarfsfeld	Zusammengefasste Inhalte	Schwerpunkte (Anzahl der Nennungen)
Wohnraum und Wohnsituation	Unterstützung bei der Wohnungssuche sowie Bedarf an stabilen und geeigneten Wohnverhältnissen	Wohnungssuche (2)
Existenzsicherung und Finanzen	Unterstützung bei Leistungen und finanzieller Stabilisierung	Existenzsicherung (1), Finanzen (1)
Behörden- und Systemunterstützung	Unterstützung bei Kommunikation mit Behörden und Vermittlung in Beratungssysteme	Behördenkommunikation (2), rechtliche Beratung (2)
Gesundheit und Versorgung	Sicherstellung medizinischer Versorgung und Zugang zum Gesundheitssystem	Arztvermittlung (1)
Grundversorgung	Sicherstellung grundlegender Bedarfe des täglichen Lebens	Lebensmittel, Kleidung, Hygiene (2)

Auch im Landkreis Göttingen steht die Wohnungssuche im Mittelpunkt der Nennungen (Kategorie A: 5 Nennungen; Kategorie B und C jeweils 2 Nennungen). Der Zugang zu Wohnraum bildet somit ebenfalls die zentrale Herausforderung. Es werden jedoch eher allgemeine Aspekte des Wohnens thematisiert, während Konflikte im Wohnumfeld oder spezifische Problemlagen mit Vermieter*innen seltener benannt werden.

Im Bereich der Existenzsicherung liegt der Schwerpunkt im Landkreis Göttingen insbesondere auf der Unterstützung bei der Beantragung existenzsichernder Leistungen sowie der Sicherstellung grundlegender Bedarfe. Dazu zählen unter anderem Lebensmittel, Kleidung und Hygieneversorgung. Auch Aspekte der Geldverwaltung und finanziellen Unterstützung werden genannt. Dies weist auf einen stärkeren Fokus auf praktische und unmittelbar existenzsichernde Hilfen hin.

Ähnlich wie in Braunschweig besteht auch im Landkreis Göttingen ein Bedarf an Unterstützung im Umgang mit Behörden, insbesondere bei Antragstellungen, der Kommunikation mit Vermieter*innen sowie der Vermittlung in Hilfesysteme. Im Bereich Gesundheit und soziale Problemlagen werden insbesondere medizinische Versorgung, Arztvermittlung sowie in Einzelfällen spezifische Unterstützungsbedarfe wie Gewaltberatung benannt. Zusätzlich zeigt sich in Göttingen ein stärkerer Fokus auf niedrigschwellige Grundversorgung und Stabilisierung, beispielsweise durch Bereitstellung von Postadressen, Versorgung mit grundlegenden Gütern sowie einfache Unterstützungsleistungen im Alltag.

5.4. Analyse der medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfe im Landkreis Göttingen

Auf Grundlage der Rückmeldungen der 13 teilnehmenden Einrichtungen machten 6 Einrichtungen Angaben zu medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfen. Die Ergebnisse sind vor dem Hintergrund der freiwilligen Beantwortung zu interpretieren. Die Auswertung erfolgt nach den Kategorien A (aktuell von Wohnungslosigkeit

betroffene Menschen), B (unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen) und C (Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen).

Die genannten medizinischen und pflegerischen Versorgungsbedarfe beziehen sich überwiegend auf aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen (Kategorie A). Darüber hinaus wurden auch Bedarfe benannt, die mehrere Zielgruppen gleichermaßen betreffen. Dies verdeutlicht, dass gesundheitliche und pflegerische Unterstützungsbedarfe ein relevantes Handlungsfeld innerhalb der Wohnungsnotfallhilfe darstellen und nicht ausschließlich auf eine einzelne Personengruppe begrenzt sind.

Tabelle 8: Personen mit akutem oder chronischem medizinischem beziehungsweise pflegerischem Versorgungsbedarf in Göttingen¹⁴

Kategorie	Gesamt	Weiblich	Männlich	Keine Angabe
Kategorie A: Aktuell von Wohnungslosigkeit betroffene Menschen	87	6	24	57
Kategorie B: Unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohte Menschen	32	1	4	27
Kategorie C: Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen	83	1	2	80

In der Kategorie der aktuell von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen (Kategorie A) wurden insgesamt 87 Nennungen erfasst. Auffällig ist, dass davon ein sehr großer Anteil von 57 Nennungen keiner Geschlechtskategorie zugeordnet wurde. Lediglich 24 Nennungen betreffen männliche und 6 weibliche Personen. Trotz der eingeschränkten Datengrundlage wird bereits in dieser Kategorie eine relevante Anzahl medizinischer und pflegerischer Unterstützungsbedarfe berichtet. Die Verteilung der Einzelwerte weist sowohl kleinere als auch mittlere Anteile auf, was auf eine heterogene Bedarfslage schließen lässt.

In der Kategorie der unmittelbar von Wohnungslosigkeit bedrohten Menschen (Kategorie B) wurden insgesamt 32 Nennungen erfasst. Auch hier dominiert der Anteil der fehlenden Angaben mit 27 Nennungen deutlich, während lediglich 4 männliche und 1 weibliche Nennung vorliegen. In absoluten Zahlen ist dies der niedrigste Wert der drei Kategorien. Bezogen auf die kleine Ausgangsgruppe von 49 Personen ergibt sich jedoch mit rund 65 % der höchste relative Anteil. Gesundheitliche Problemlagen sind demnach bereits in dieser frühen Phase eines Wohnungsnotfalls deutlich präsent. Aufgrund der fehlenden Differenzierung lassen sich Verteilung und Ausprägung der Bedarfe allerdings nur eingeschränkt beurteilen.

Für die Kategorie der Menschen in unzumutbaren Wohnverhältnissen (Kategorie C) wurden insgesamt 83 Nennungen dokumentiert. Damit liegt die Kategorie in absoluten Zahlen nur knapp unter Kategorie A. Auch hier ist der Anteil der fehlenden Angaben zum Geschlecht mit 80 von 83 Nennungen außerordentlich hoch, sodass lediglich 2 männliche und 1 weibliche Nennung konkret zugeordnet werden können. Die hohe Gesamtzahl deutet

¹⁴ Aufgrund der geringen Fallzahl wird die Geschlechtskategorie „divers“ nicht gesondert ausgewiesen.

jedoch klar darauf hin, dass in dieser Gruppe ein erheblicher medizinischer und pflegerischer Unterstützungsbedarf besteht, der möglicherweise mit belastenden Wohnbedingungen, fehlender Infrastruktur oder langfristigen gesundheitlichen Einschränkungen zusammenhängt.

Medizinische und pflegerische Versorgungsbedarfe wurden in allen drei Kategorien gemeldet. Bezogen auf die jeweilige Ausgangsgröße betraf dies rund 31 % der Personen in Kategorie A, rund 65 % in Kategorie B und rund 57 % in Kategorie C. Die vergleichsweise hohen Anteile in den Kategorien B und C werden jedoch maßgeblich durch die Meldungen einer einzelnen Einrichtung aus dem Bereich der Suchthilfe bestimmt und sind daher nur eingeschränkt verallgemeinerbar. Dennoch unterstreichen die Ergebnisse die Bedeutung einer bedarfsgerechten medizinischen und pflegerischen Versorgung für Menschen in Wohnungsnotfällen sowie die Notwendigkeit, ihre unterschiedlichen Lebenslagen bei der Ausgestaltung von Unterstützungsangeboten angemessen zu berücksichtigen.